

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE SEPTEMBER 2022 | 18. JAHRGANG



**Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne
besteuern.**

Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Aber: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne. Der Club der Superreichen wird größer: Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert werden. Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein. Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückdrängt. Deshalb: Gas- und Strompreise deckeln, kleine und mittlere Einkommen entlasten, Übergewinne besteuern!

WEITERLESEN AUF SEITE 3 UND WEITEREN INNENSEITEN



Beim Sommerfest trifft sich Jung und Alt

Auch in diesem Jahr traf sich beim traditionellen Sommerfest der LINKEN jung und alt. Auf der Bühne gab es nachmittags ein gemischtes Programm aus Politik-Talks und Kultur. Einige Erinnerungsfotos und die nicht abgeholten Gewinne:

SEITE 2



109. Geburtstag bei Charlotte Lux

Aktiv bis ins hohe Alter - unsere Genossin Charlotte Lux feierte ihren 109. Geburtstag in Potsdam-Waldstadt. Unsere Glückwünsche in dieser Ausgabe. Außerdem das „Historisches Kalenderblatt“ zum 3. Oktober - dem „Tag der Deutschen Einheit“.

SEITE 4



Jubel-Demo und Proteste gegen G7

Das Netzwerk „Stadt für Alle“ hatte nur Hohn und Spott für die Debatte der G7 Bauminister:innen über Nachhaltigkeit und Inklusion übrig und deshalb zu einer Jubeldemo eingeladen. Protestiert wurde auch gegen das geplante Abschiebedrehkreuz am BER.

SEITE 6



Der „Rathausreport“ im Innenteil

Nach einer denkbar knappen Entscheidung im Hauptausschuss öffnet das Kiezbad am Stern nach den Herbstferien wieder. Ein offener Brief der Potsdamer Sportvereine, Radwegeverbindungen und das RZ sind weitere Themen in dieser Ausgabe.

SEITEN I - IV



DIE BEIDEN KREISVORSITZENDEN ERÖFFNETEN DAS FEST.

Los-Glück

Diese Preise warten noch auf ihre Gewinner:innen

Märchen-DVDs "Als die Tiere den Wald verließen" - Nr. 354;

DVD-Paket - Nr. 215;

2 Jahreskarten Turbine Potsdam mit Tasse - Nr. 365;

Präsentkorb Gudes Potsdam - Nr. 296;

6-teiliges Gläserset mit Glastrinkhalmen - Nr. 151;

2 Karten SVB 03 mit Fanartikel - Nr. 148 & Nr. 197;

3 Karten SVB 03 - Nr. 745;

2 Weingläser - Nr. 545;

Kinderbuch mit Präsent - Nr. 569 & Nr. 66 & Nr. 460

Buch "Toter Winkel" Sophie Sumburane (signiert) - Nr. 715 & Nr. 466

Die Preise können gegen Vorlage der Lose im rotblq in der Zeppelinstraße abgeholt werden.

Das LINKE Sommerfest war ein Erlebnis

2022 ist ein schwieriges Jahr – das wird aller Orten postuliert. Wo es wirklich im Argen liegt hört man nur bei der LINKEN. Auch und erst recht auf dem Sommerfest, das in diesem Jahr erst Anfang September stattfand. Neben dem Krieg in der Ukraine und seinen aktuell spürbaren Folgen werden auch die Folgen der Klimakrise immer drängender. Trotz alledem setzen wir als LINKE uns dafür ein, das Leben der Menschen jeden Tag zu verbessern und haben auch bei unserem diesjährigen Sommer-

fest aufgezeigt, dass eine andere, gerechtere Welt möglich ist.

Ab 13.00 Uhr starteten die beiden Kreisvorsitzenden Marlen Block und Roland Gehrman das Programm. Von einem bunten Kinder- und Familienfest, Kletterberg und Kletterwand, Bällebad, Tombola und, und, und gab es wieder ein vielfältiges Angebot zum Mitmachen. Auf der Bühne gab es nachmittags ein gemischtes Programm aus Politik-Talks und Kultur. Als politische Gäste begrüßten wir

dieses Jahr unter anderem Marlen Block (MdL), Isabelle Vandre (MdL) und Bernd RieXinger (MdB) auf der Bühne. Auf dem Markt der Möglichkeiten stellten sich verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände vor.

Ab 18.00 Uhr lief dann unser Red Summer Festival mit Totally Stressed (Art Rock) aus Berlin, mit Alarmbaby aus Mannheim und am Ende mit den Reggae Punks von Berlin. Alles in allem ein buntes erlebnisreiches Fest.



LANDESVORS. SEBASTIAN WALTER IN BEGLEITUNG DES JÜNGSTEN GASTES



ERINNERUNGSPHOTO MIT KREISGESCHÄFTSFÜHRER: B. RIEXINGER (MdB)



GENOSS:INNEN AUS WERDER HATTEN SICHTLICH SPASS BEI IHREM BESUCH

Luxus- artikel?



Nahrungsmittel bald Luxusgut?

Im August erhöhten sich die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat in Berlin um 7,6 Prozent und in Brandenburg sogar um 7,9 Prozent. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Preise ebenfalls, in Berlin um 0,1% und in Brandenburg um 0,4%. Treiber waren erneut die Energiepreise. Die Nahrungsmittelpreise erreichten ein weiteres Rekordhoch.

Auch ohne Energie und Nahrungsmittel lag die Teuerung mit 3,7% in Berlin und 3,3% in Brandenburg weit über der Teuerung der letzten Jahre. Insgesamt wirken die steigenden

Energiepreise sowie kräftig steigende Preise in den vorgelagerten Wirtschaftsstufen auf den Verbraucherpreisindex. Die Preissteigerungen betrafen alle Lebensbereiche.

Heizöl und Gas sind die Preistreiber bei Energie

Die Energiepreise stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat in Berlin um 30,1% und in Brandenburg um 35,8%. Es waren vor allem die Preise für Heizöl und Gas, die mit Steigerungen um 103,8% bzw. 90,9% in Berlin und um 107,5% bzw. 92,8% in Brandenburg auf die Energie-

preise wirkten. Auch für den Umstieg auf feste Brennstoffe, wie z.B. Kohle oder Pellets, musste wesentlich tiefer in die Tasche gegriffen werden. In Berlin stiegen die Preise um 82,4% und in Brandenburg um 51,3%. Bei den Kraftstoffen schwächte sich die Teuerung gegenüber dem Vorjahr ab.

Nahrungsmittelpreise auf Rekordhoch

Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat in Berlin um 17,9% und in Brandenburg um 17,4%. Solch große Preissteigerungen hat es

in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Hier wirkten die Teuerungen bei den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte. Sowohl pflanzliche als auch tierische Produkte haben sich gegenüber dem Vorjahr stark verteuert. Hohe Preissteigerungen wurden insbesondere beobachtet bei:

- Mehl u. a. Getreideerzeugnissen (Berlin +59,8% / Brdgb +41,0%), darunter Weizenmehl (Berlin +88,7% / Brdgb +49,3%)
- Eiern (Berlin +21,8% / Brdgb +23,7%)
- Butter (Berlin +53,5% / Brdgb +49,6%)
- Fleisch und Fleischwaren (Berlin +20,8% / Brdgb +21,0%)
- Sonnenblumen-, Rapsöl (Berlin +65,1% / Brdgb +63,8%)
- Obst und Gemüse (Berlin +8,2% bzw. +9,9% / Brdgb +6,0% bzw. +11,1%)

Erhebliche Teuerungen wurden auch bei Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen beobachtet. In Berlin nahmen die Preise um 9,8% und in Brandenburg um 8,4% zu. Auch wer neue Möbel anschaffen wollte, musste deutlich mehr bezahlen, in Berlin +12,3% und in Brandenburg +8,5%.

Konstantin Gräfe

DIE LINKE.
hilft!

Kostenlose Rechts- & Sozialberatung

Mehr auf Seite 5



Schluss mit teuer!
DIE LINKE.

Aktiv bis ins hohe Alter – unsere Charlotte Lux



ANITA TACK GEHÖRTE ZU DEN ERSTEN GRATULANTEN BEI CHARLOTTE LUX. / FOTO: W. ADOLPHI

Wir haben Dich wieder gefeiert, liebe Charlotte Lux, am 13. September 2022, und es ist Dein 109. Geburtstag gewesen. Der 109.! Was für eine schier unvorstellbare Zahl für uns! Aber bei Dir wird sie zu etwas fast schon Normalem. Du bist so unverändert interessiert und voller Herzenswärme!

Wie viel Freude macht es immer wieder, mit Dir über gemeinsam Erlebtes zu reden. Du erinnerst Dich an wundersame Einzelheiten, und der Schalk blitzt Dir aus den Augen. Ich weiß noch genau, wie Du mich im Frühjahr 2014 in meinem Abgeordnetenbüro im neuen Landtag besucht hast. Und alle erinnern sich gern, wie aktiv Du Dich in der Seniorinnen- und Seniorenarbeit der Partei engagiert hast, dass Du immer dabei gewesen bist bei den Festen der PDS und der LINKEN am 1. Mai und zum Sommerausklang und oft und gern mit Deinem Lieblingsreiseunternehmen H&H-Reisen unterwegs warst.

Ganz besonders dankbar bleibe ich Dir dafür, dass Du mit uns – im Alter von damals 104 Jahren! – zur Gedenkstätte für die Berliner Jüdinnen und Juden am Gleis 17 im Bahnhof Grunewald gefahren bist und Dein eigenes Erleben als Augenzeugin der Deportationen so anrührend erzählt hast, dass Wolfram Adolphi es in seinem „Hartenstein“-Roman zu einem eigenen Kapitel verarbeiten konnte.

Liebe Charlotte, nun bist Du nicht mehr so gut zu Fuß, aber heute wie früher bereicherst Du mit Deiner Lebensklugheit, Deinem Humor und Deiner Zugewandtheit unser Leben. Wir wünschen Dir ein gutes neues Lebensjahr, wünschen auch den Lieben Deiner Familie, die Dich umgeben und bei Deinen Geburtstagen auf so herzliche Weise auch um unser Wohl besorgt sind, Gesundheit und alles Gute und freuen uns von Herzen auf die nächste Begegnung mit Dir.

Anita Tack

Kalenderblatt: 3.10.1990- Jubel und mehr ?

Verklungen ist der Jubel über die „Wiedervereinigung Deutschlands“. Auch zum 32. Jahrestag werden aus diesem Anlass Reden gehalten und Artikel geschrieben. Der offizielle Festakt wird in diesem Jahr in Thüringen stattfinden. Neben dem (verordneten) Jubel gibt es zunehmend den Versuch einer differenzierten Bilanz. Auch Fehler werden eingestanden. Viele Menschen unserer Region, die diesen Umbruch hautnah erlebt haben, sind inzwischen klüger und nachdenklicher geworden. Nicht alle gehen so weit wie Daniela Dahn in ihrem Buch „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“, die nicht von Wiedervereinigung spricht, sondern von feindlicher Übernahme auf Verlangen. Nach über 30 Jahren des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes ist es angebracht, eine kurze, abgewogene

Bilanz zu versuchen.

Versprochen wurden den DDR-Bürgern blühende Landschaften, materieller Wohlstand, Reisefreiheit, demokratische Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben der Völker. Ja, es geht vielen ostdeutschen Bürgern materiell nicht schlecht, die Regale der Supermärkte sind meist gut gefüllt, viele Städte sind aufgeblüht, Normalverdiener können die Welt auf Reisen erkunden, man kann seine Meinung öffentlich sagen ... aber ist das ausreichend? Wollten die Initiatoren der friedlichen Revolution nicht eine gerechtere Welt? Sowohl national als auch international werden allerdings die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Über 30 Jahre nach der sogenannten Wende sind Löhne, Gehälter und Renten für die gleiche Leistung immer noch

nicht gleich. Für die Probleme der Umwelt gibt es nach wie vor keine zufriedenstellende Lösung. Die Welt und Deutschland sind nicht friedlicher geworden. Deutsche Waffen werden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß in Krisengebiete exportiert, auch in die Ukraine. Inzwischen haben auch viele Ostdeutsche verstanden, dass man in dieser Bundesrepublik zwar fast alles sagen, aber nur wenig verändern kann. Es sind sogar noch große Probleme hinzugekommen, die mit der Globalisierung zusammenhängen wie das weltweite Flüchtlingsproblem oder die sozialen Folgen der Pandemie.

Leider resignieren viele, ziehen sich in ihr Privatleben zurück oder suchen Antwort in Scheinlösungen wie z.B. von der AfD. Umso mehr ist es notwendig, dass sich die LINKEN auch als

Sachwalter ostdeutscher Interessen verstehen, sich der Ziele der friedlichen Revolution bewusst sind und sich an der gemeinsamen Suche nach praktikablen Antworten auf die dringendsten Probleme der Zeit beteiligen. Für die Herrschenden gilt es, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Nicht die ungenügende Vermittlung ihrer Ziele und Werte an die Ostdeutschen und deren mangelnde Dankbarkeit sind das Hauptproblem, sondern die grundlegende Missachtung der Lebensleistung und der Erfahrungen der Ostdeutschen aus 2 unterschiedlichen Systemen. Von Anfang an wurde den Ostdeutschen nur das bundesdeutsche System einfach übergestülpt. Bis heute sind sie Bürger 2.Klasse. Das kann man nicht mit mehr Kommunikation oder Jubel verändern.
Dr. Hans-Joachim Koch

RATHHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe September 2022

Dem Sport fehlt die Luft zum Atmen - Hilferuf der Potsdamer Vereine



Der Kampf um neue Sportflächen in der wachsenden Stadt ist ein Dauerthema der Stadtpolitik und für die Sportler:innen ein nur noch schwer nachvollziehbares Drama. Vereine wie die Potsdamer Kickers werden inzwischen seit fast zwei Jahrzehnten verdrängt. Kirschallee, Lerchensteig, Remisenpark, Habichtweg: immer war es ein „Oder“ – kein „und“, obwohl in der Stadt nach einer inzwischen schon 4 Jahre alten Berechnung mindestens 11 Großspielfelder fehlen, um den Bedarf der Vereine

zu decken.

Im Rahmen der Potsdamer Sporttage hatten die Vereine Stadt- und Landespolitik zu einer Podiums-Diskussion ins Sterncenter geladen (Foto). Die Vereine haben eine klare Kernforderung: der Kinder- und Jugendsport soll als pflichtige Aufgabe endlich den der sonstigen Jugendarbeit gleichgestellt werden. Nur so wäre gewährleistet, dass die Sportförderung und Investitionen in den Erhalt und den Bau neuer

Sportstätten in Zeiten klammer Kassen nicht immer zuerst dem Rotstift zum Opfer fallen. Eine solche Entscheidung sei längst überfällig, unterstützte LINKEN-Fraktionschef Stefan Wollenberg diese Forderung der Vereine, denn der Sport leiste einen ganz wesentlichen Beitrag für den sozialen Halt von Kindern und Jugendlichen – und das vor allem ehrenamtlich. Dafür brauche es gesicherte Rahmenbedingungen. Allerdings, so machte er auch deutlich, müsse diese Entscheidung auf Landesebene getroffen werden. Kathrin Dannenberg, die für die Landtagsfraktion der LINKEN teilnahm, unterstützte dieses Anliegen.

Wollenberg betonte allerdings auch, dass viele Projekte in den letzten Jahren nicht am fehlenden Geld, sondern auch an einer falschen Herangehensweise gescheitert seien: „Sportflächen

gehören in die Wohngebiete – da wo die Kinder und Jugendlichen leben und ihre Freizeit verbringen wollen. Gute Erreichbarkeit und kurze Wege dürfen nicht an Einzelinteressen scheitern – das tun sie leider viel zu oft.“ Er brachte deshalb auch eine baurechtliche Privilegierung ins Spiel, die Sportflächen für Kinder und Jugendliche ähnlich wie Kitas und Schulen Ausnahmen beim Immissionsschutz ermöglicht und damit viele Nachbarschaftskonflikte entschärfen könnte.

Fest steht: In einer wachsenden Stadt müssen auch die Flächen für den Sport mitwachsen können. Da bleiben für die Politik noch viele Hausaufgaben in planerischer wie finanzieller Hinsicht. Und ohne die Unterstützung des Landes wird es nicht gehen. Damit Potsdam seinem Ruf als Sportstadt auch künftig gerecht werden kann!

Mit auf den Weg ...



Nun liegt es also vor – das Rechtsgutachten zum Komplex Garnisonkirche / Rechenzentrum und vor allem der Frage, ob eine Rückgabe des Grundstücksteils

für das frühere Kirchenschiff an die Stadt möglich oder sogar geboten ist. Die Voraussetzungen dafür werden klar benannt und sie sind eng gefasst: eine Änderung des Stiftungszwecks und eine entsprechende Anpassung der Satzung wären erforderlich, dazu braucht es eine 2/3-Mehrheit im Kuratorium und die Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Stiftungsrecht des Landes, das zum kommenden Jahr novelliert werden soll. Das wird ein denkbar schwieriger Weg – und dennoch: die Schaffung eines Hauses der Demokratie ist ein gemeinsam erarbeiteter Kompromiss, der erste Vorschlag, der nach Jahren erbitterter Auseinandersetzungen

geeignet wäre, den Konflikt an diesem so wichtigen und sensiblen Ort zu befrieden, ohne den Bruch verschwinden zu lassen. Die Verantwortung dafür liegt nun ganz klar bei der Stiftung. Sie sollte beim Wort genommen werden. Für das Rechenzentrum bringen die Ergebnisse allein keine Sicherheit: Ja, 80% des Gebäudes stehen auf städtischen Flächen, die Stiftung kann ihren Abriss nicht verlangen. Die verbleibende „Ecke am Turm“, die allerdings bleibt dauerhaft gefährdet. Es bleibt dabei – eine vernünftige Lösung und Sicherheit für das Kreativhaus als Ganzes kann es nur mit der Umsetzung des mühsam erkämpften Plans zum

„Forum an der Plantage“ geben. Alles andere ließe alte Wunden länger schwären und würde neue aufreißen. Daran kann niemand ein Interesse haben – auch die Stiftung Garnisonkirche nicht. Eine brennende Frage beantwortet das Gutachten allerdings nicht: wie ein Stiftungskonstrukt geschaffen werden konnte, das die Stadt mit hohen Risiken belastet, ihren Stadtverordneten allerdings gleichzeitig fast jedes Mitspracherecht versagt. Diese Frage müssen diejenigen beantworten, die damals beteiligt waren und/oder zugestimmt haben.

*Stefan Wollenberg,
Fraktionsvorsitzender*

Kein Parkeintritt



Die Parks in Potsdam sind ein öffentliches Gut – das allen zugute kommen muss. Sie müssen der Allgemeinheit für eine öffentliche, verantwortungsvolle und kostenlose Nutzung zugänglich bleiben. Der Park Sanssouci hat eine wichtige Erholungsfunktion, lädt zum Entspannen und zum Genießen ein. Er ist ein Teil Potsdams. Der Anspruch der Stiftung „die Kulturgüter der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ würde mit einem Eintrittsgeld untergraben.

Darum habe ich mich sehr gefreut, dass Olaf Scholz sich auch für den freien Parkeintritt ausgesprochen hat. Am 10.9. sagte er der MAZ: „Ich freue mich, dass die Stadt Potsdam auf künftig bereit ist, einen Beitrag zur ungehinderten Erlebbarkeit der Parks für alle zu leisten.“ Aber er freut sich über ein nicht vorhandenes Ergebnis. Denn die SVV muss erst noch entscheiden. Und der Bund darf seine Verantwortung nicht auf die Kommune schieben!

Der Wert der Parks für Potsdam ist dem Gros der Bevölkerung klar. Die Verantwortung für die Pflege der Parks liegt bei den Ländern Berlin und Brandenburg sowie beim Bund. Potsdam steht in der Verantwortung bei der Pflege des Umfeldes: ÖPNV, Straßen, Radweg, Müll Daher würde ich es begrüßen, wenn Potsdam die jährliche Million für die Sanierung der städtischen Grünflächen und Parks nutzen sowie unseren Park, den Volkspark, kostenfrei für die Bürger öffnen könnte.

*Sascha Krämer,
Fraktionsgeschäftsführer*

DIE LINKE wirkt schnell: Kiezbad Stern öffnet wieder

Nachdem das beliebte Kiezbad am Stern im Februar nach zweijähriger Sanierung für die zahlreichen Nutzer endlich wieder geöffnet wurde, verfügte der Oberbürgermeister im August, dass die Schwimmhalle als Energiesparmaßnahme der Stadt nach der Sommerpause auf unabsehbare Zeit geschlossen bleibt. Ein herber Einschnitt, insbesondere für die etwa 30.000 Bewohner:innen der Stadtteile Am Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld. Die Halle erfreut sich großen Zuspruchs. Deshalb gibt es massiven Protest bei den zahlreichen Betroffenen. An einer Unterschriftenaktion beteiligten sich allein auf dem Wohngebietsfest am Stern über 200 Menschen. Mit einem Änderungsantrag zu einem Antrag der CDU forderte die Linksfraktion, die Schwimmhalle so schnell wie möglich zu öffnen. Bei einer eventuellen Schließung der Saunen sollen die 20 dort Beschäftigten an anderer Stelle eingesetzt werden. Eine mögliche alternative Energiesparmaßnahme

sei die Verkürzung der Rahmenarbeitszeit für die Stadtverwaltung. Dieser klare Handlungsauftrag an den OB hätte in der Plenarsitzung entschieden werden können. Auf Antrag der SPD-Fraktion ist diese dringend notwendige Entscheidung leider erst einmal in den Hauptausschuss überwiesen worden. Die Linksfraktion bleibt dran. So weit die Meldung von der SVV.

Und es erwies sich wieder einmal - DIE LINKE wirkt schnell. Die Schwimmhalle öffnet wieder. Die geschlossene Schwimmhalle Am Stern muss wieder öffnen. Das Das entschied der Hauptausschuss am 14.09. mit knapper Mehrheit. Gegen die Öffnung



stimmt Oberbürgermeister Mike Schubert, die SPD und die Grünen.

DIE LINKE, die CDU, das Bürgerbündnis und Die Andere votierten für eine Öffnung des Bades, die FDP enthielt sich, die AfD war nicht anwesend.

Etwa vier bis sechs Wochen werden jetzt benötigt, die Schwimmhalle für den Start vorzubereiten. Los geht es dann vermutlich erst nach den Herbstferien.

Fragen & Antworten

Gedenkort(e) für die Bücherverbrennung in Potsdam

Am 19.8.2020 beauftragte die SVV den Oberbürgermeister, einen Verfahrensvorschlag mit dem Ziel der Einrichtung eines ständigen Gedenkortes an die Bücherverbrennung am 22. Mai 1933 auf dem Bassinplatz in Potsdam zu erarbeiten und zur Sitzung des Ausschusses für Kultur im November 2020 vorzulegen. Aber, nicht nur in Potsdam, sondern auch im heutigen Babelsberg, am damaligen Bahnhof Drewitz, heute Medienstadt, wurden 1933 von den Nazis Bücher missliebiger Autor:innen auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Das hat die Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes recherchiert. Daher fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer die Verwaltung, wie diese neuen Erkenntnisse bei der Erarbeitung des beschlossenen Gedenkortes

am Bassinplatz berücksichtigt werden?

Die Verwaltung verwies auf die Workshops die bereits stattgefunden haben. Die Impulse daraus, aber auch von der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes würden aufgenommen in den weiteren Prozess. Bereits in Arbeit sei ein geförderter Podcast von Schülern zum Thema. Ich bleibe bei dem Thema dran und werde mich aktiv dafür einsetzen, dass auch in Babelsberg an die Bücherverbrennung erinnert wird, so Krämer.

Organisationsuntersuchung

Im März hatten die Stadtverordneten dem Antrag der LINKEN zugestimmt, wegen der vielen Defizite beim sozialen Thema Wohnen eine Organisationsuntersuchung im zuständigen Fachbereich 39 durchzuführen. Auf Anfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg teilte die zuständige Beigeordnete mit, dass jetzt

die Vorbereitungen für die diese Untersuchung, die sie selbst als erforderlich ansieht, erfolgen würden. Sie konnte nicht zusagen, dass der beschlossene Termin für die Ergebnisse der Untersuchung, Dezember 2022, eingehalten werden kann.

Erledigt

Baumfällung bei Bauvorhaben

Der Baumbestand auf freien Flächen und in Innenhöfen verbessert das Mikroklima und damit die Wohnqualität in Städten wesentlich. Dies ist gerade in dicht besiedelten Stadtteilen in Potsdam besonders wichtig. Wie nicht zuletzt viele Nachfragen von Anwohner:innen und das Bemühen um Baumerhalt zeigte, muss dem Anliegen von Anwohner:innen zum Erhalt des Baumbestandes mehr Augenmerk gewidmet werden. Wenn Bauherren zur Durchführung ihrer Bauvorhaben Baumfällungen

beantragen, so erfolgt dies oft zusammen mit der Einreichung des Bauantrags. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens muss für die Fällgenehmigung die untere Naturschutzbehörde von der Bauaufsichtsbehörde beteiligt werden.

Daher habe wir als Fraktion DIE LINKE beantragt, dass die Verwaltung Vorschläge machen soll, wie die Stadtverordneten im Rahmen der Information über beantragte oder geplante Neubauvorhaben auch über maßnahmenbezogene Baumfällungen in Kenntnis gesetzt werden können. Dies hilft den Stadtverordneten, wenn diese frühzeitig über den drohenden Verlust von Bäumen im Zusammenhang mit beabsichtigten Bauvorhaben Bescheid wissen. Laut Verwaltung wird dies getan. Wir haben d einen anderen Eindruck, was auch durch zahlreiche Meldung aus der Bürgerschaft bestätigt wird. Leider folgte die Mehrheit der Stadtverordneten der Argumentation der Verwaltung und unser Anliegen wurde als erledigt erklärt. Wir bleiben dran!

Beschlossen

Verhandlungen mit den MK Kliniken einstellen! Verfahren wegen Zweckentfremdung von Wohnraum prüfen!

Bereits der Rauswurf von über 100 Senior:innen im vergangenen Winter offenbarte das einzig auf Profit ausgerichtete Agieren der MK Kliniken und ihrer Tochtergesellschaften. Die Vermietung des dringend in Potsdam benötigten Wohnraums als Ferienappartements ist zusätzlicher Hohn über die ehemaligen Bewohner:innen und die Stadtgesellschaft.

Die MK Kliniken haben damit wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie kein Partner für eine Stadt sein können, die soziale Situation ihrer Bewohner:innen in den Mittelpunkt stellt. Aus diesem Grund forderten die Stadtverordneten den Oberbürgermeister auf Antrag der LINKEN auf:

- jegliche Verhandlungen mit

den MK Kliniken zur Anmietung von Wohnraum sofort auszusetzen.

- unverzüglich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren nach §7 des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung im Land Brandenburg (BbgZwVbG) sowie eine Rückführung des zweckentfremdeten Wohnraums nach §3 BbgZwVbG zu prüfen.
- den zuständigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich über die bisherigen Verhandlungen mit den MK Kliniken sowie den Kenntnisstand der Verwaltung über die in der Josephinen Wohnanlage erfolgende Vermietungspraxis von Ferienwohnungen Bericht zu erstatten.

Nun gilt es schleunigst zu Handeln. Wir bleiben dran.

Optimierung der Straßenreinigung

Die Straßenreinigung in Potsdam ist noch immer viel teurer als in den meisten Gemeinden des Umlandes. Personalaufwendige Mischreinigung mit "Handarbeit" statt rein maschineller Reinigung und hohe Reinigungsfrequenzen in der Innenstadt wirken als Kostentreiber.

Auch das "Verursacherprinzip" wird zu Lasten der Anwohner:innen noch zu wenig angewandt

Daher hat die Fraktion DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragt, Vorschläge zur Optimierung der Straßenreinigung zu erarbeiten. Aufwand und Gebührenlast für die Bürger:innen sollen bei Sicherung einer angemessenen Reinigungsqualität verringert werden. Insbesondere sind die Verringerung der Anteile mit Mischreinigung zugunsten eines höheren Anteils mit Maschinenreinigung und die Verringerung von Reinigungshäufigkeiten in Teilen des Stadtzentrums zu prüfen. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte unserem

Anliegen und der Antrag wurde beschlossen.

Bau des Fuß- und Radweges von Fahrland nach Marquardt

Die L92 zwischen Neu Fahrland, Fahrland und Marquardt/B273 ist eine wichtige Verkehrsverbindung zwischen den Ortsteilen. Die Stadt sieht hier schon seit 2017 in Priorität I die Schaffung einer Rad- und Fußwegeverbindung vor, die insbesondere durch den diesjährigen Ausbau des Bahnhof Marquardts zur Verkehrsdrehscheibe und den geplanten Ausbau von Krampnitz noch mehr an Bedeutung gewinnt.

Das Land hat die Straße jedoch 2022 an die Stadt übergeben und für die Baulastübernahme ca. 840.000 € an die Stadt gezahlt. mit denen u. a. der Neubau eines Fuß- und Radweges von Fahrland zum Anschluss B273 (Marquardt) gesichert werden sollte. Die Verwaltung wollte diese Mittel für „Rückstände in der Straßenunterhaltung“ an anderer Stelle verwenden. Damit wäre die Realisierung dieses wichtigen Projektes auf Jahre ungewiss.

Mit dem Antrag der LINKEN wurde das verhindert - die Planungsmittel sind unverzüglich, Mittel für die Realisierung in den Folgehaushalten ab 2023 bereitzustellen.

Überwiesen

Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen ? Bürger:innen entlasten!

Die durch den Krieg in der Ukraine beförderte Energiekrise droht im Herbst zu einer sozialen Krise in Deutschland zu werden. Insbesondere Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen drohen nicht zu bewältigende Belastungen. Der soziale Ausgleich ist Aufgabe der Bundesregierung. Dennoch muss auch die Landeshauptstadt Verantwortung übernehmen. Auf Antrag der LINKEN soll der Oberbürgermeister aufgefordert werden, vorbeugende Maßnahmen einzuleiten:

- einen Härtefallfonds zur Übernahme von Strom- und Heizkostennachforderungen einzurichten.
- gegenüber der EWP eine Aussetzung von Strom- und Gassperren zu erwirken. Zudem sind alle Räumungen auf Grund von Mietrückständen bei der Pro Potsdam auszusetzen.
- mit der regemäßigen Durchführung von Beratungen zur Energieversorgung in allen Stadtteilen Potsdams. Diese sollen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale, sowie den Sozialträgern erfolgen.
- ggü. dem Bund und dem Land für die Deckelung von Gaspreisen einzutreten, sowie die Unterstützung von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern einzufordern.
- Darüber hinaus soll der Oberbürgermeister sich über die kommunalen Spitzenverbände und das Land Brandenburg beim Bund für eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und XII sowie für die Anpassung des Bafög und weiterer sozialer Leistungen an die Preissteigerungen einsetzen.
- mit der Erarbeitung einer Strategie zum Umgang mit den steigenden Betriebskosten für städtische Einrichtungen. Ziel ist es die Betriebskostensteigerungen abzufedern, ohne die Kosten auf die Bürger:innen umzulegen (z.B. durch steigende Eintrittspreise und Mitgliedsbeiträge).

Der Ausschuss wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Wir erwarten eine Beschluss in der Sitzung am 5.10.

Endlich ausgelassen feiern!

Jeder der sieben Geburtstage des Rechenzentrums war bisher von Ungewissheit geprägt. Ungewissheit darüber, wie viele Geburtstage die Kunst- und Kulturschaffenden im Rechenzentrum noch erleben dürfen. Ende letzten Jahres schien der Durchbruch endlich gelungen. Mit einem Kompromiss zwischen Stadt, Rechenzentrum und Stiftung Garnisonkirche war die dauerhafte Rettung des Rechenzentrums greifbar nahe. Doch nach einem kürzlich veröffentlichten Gutachten zur Realisierbarkeit dieses Vorhabens scheint alles erneut in der Schwebel. Denn aus diesem geht hervor, dass der komplette Erhalt des Rechenzentrums vom Willen der Stiftung Garnisonkirche abhinge – inklusive Satzungsänderung im Kuratorium – und dieser momentan nicht erkennbar ist. Es ist eine zermürbende Situation für die Nutzer:innen des Rechenzentrums, die auch auf die Stimmung der Geburtstagsfeier am 1. September 2022 drückte. Es ist offensichtlich, dass in den kommenden Monaten noch einmal alle Kräfte und jede kreative Idee mobilisiert werden müssen, um die dauerhafte Sicherung des Rechenzentrums zu er-



DROHNE_FOTOS_DJI_0056-WEB-(C)-414FILMS

streiten. Die Argumente dafür sind auf unserer Seite. Es braucht das Rechenzentrum, um den zivilgesellschaftlichen Widerspruch zur Widererrichtung des geschichtsverklärenden Garnisonkirchturms zu veranschaulichen. Es braucht das Rechenzentrum als selbstorganisierten, lebendigen und kulturvollen Ort in der Potsdamer Innenstadt. Und das Rechenzentrum muss neben dem Staudenhof einer der ersten beiden Gebäude sein, anhand derer wir stadtpolitisch eine Kehrtwende vollziehen: weg von der Zerstörung wertvoller

und endlicher Ressourcen, hin zu Sanierungen statt Abriss. Der Klimawandel und die planetaren Grenzen der Erde verlangen diese Umsteuerung genau jetzt von uns. Und dennoch sind die Gegner:innen des RZ hartnäckig. Zu seinem Geburtstag wünsche ich dem Rechenzentrum daher viel Kampfesgeist in den kommenden Auseinandersetzungen, um den 8. Geburtstag endlich ausgelassen und ohne Zukunftsängste feiern zu können. Kultur braucht Raum und Zeit, um sich entfalten und Menschen mitreißen zu können.

Uferweg vom Hinzenberg zur Neustädter Havelbucht endlich beginnen!

Bereits im Juni 2008 hatte die Linksfraktion den wichtigen Lückenschluss zwischen den Uferwegen am Hinzenberg und der Neustädter Havelbucht beantragt. Ganze 10 Jahre später war noch immer nichts passiert. Deswegen rief die Fraktion das Thema im Juni 2018 erneut auf und beantragte die Bereitstellung von Planungsmitteln. Inzwischen wurde das Projekt im Uferwegekonzept der Landeshauptstadt als wichtig erkannt. Passiert ist dennoch nichts. Auch ein erneuter Antrag der Fraktion im September 2020 führte nicht zu einem greifbaren Ergebnis.

Endlich Anfang 2022 gelang es uns, gemeinsam mit SPD und Grünen, 50.000 Euro für den Beginn der Maßnahme in 2022 in den Haushalt einzustellen. Umso weniger ist es hinnehmbar, dass bis heute die Verwaltung nichts Konkretes dafür getan hat. Auch wenn an anderen Stellen, teils in Stadtrandlage wie am Griebnitzsee, Geld für Uferwege in streitigen Planverfahren aufgewendet wird so ist es an der Zeit, die begrenzten Mittel nunmehr prioritär an den Stellen einzusetzen, wo nicht nur einige hundert Menschen sondern mehrere tausend Anwohner:innen und Gäste in der

Mitte von Potsdams Nutzen davon haben. Es gibt nicht nur Kritik. Wir freuen uns über bald sichtbare Fortschritte beim Uferweg in der Speicherstadt, um den wir auch lange kämpfen mussten. Gleichwohl müssen nun kurzfristig die Planungen für den Weg neben dem Hinzenberg beginnen, damit viele Potsdamer:innen ihn nutzen können. Neben der Bewältigung aktueller Herausforderungen gilt es auch, nachhaltig etwas für die Verbesserung der Lebensbedingungen zum Wohle der Potsdamer:innen zu tun.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde September

Dr. Sigrid Müller,
Fraktionsvorsitzende
Dienstag, 18. Oktober 2022,
16 bis 18 Uhr

Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg,
Fraktionsvorsitzender
27. September 2022, 14.00 –
16.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer,
Fraktionsgeschäftsführer

22.9. 11 -15 Uhr; 29.9. 10 -14
Uhr; 30.9. 10 -14 Uhr und
4.10. 12 – 15 Uhr

Tel.: 0331 289 3051

Öffentliche Fraktionssitzung

jeweils 18 Uhr Stadthaus,
R. 3.107 Friedrich-Ebert-Str.
79/81

26.9.
10.10.
17.10.

Mail

dielinke.stadtfraktion@rat-
haus.potsdam.de

Nächste SVV

Mittwoch, 05. Oktober 2022,
15.00 Uhr
in der MBS-Arena

DIE LINKE hilft: Kostenlose Rechts- und Sozialberatung

Unzufrieden mit der Nebenkostenabrechnung? Stress mit dem Arbeitgeber oder dem Jobcenter? Unsicher, ob die Mieterhöhung rechtmäßig ist? DIE LINKE hilft. Denn gerade in diesen Zeiten geraten viele Menschen - oft unverschuldet - in schwierige Situationen: Das Jobcenter verlangt die Ausfüllung eines Wusts von Formularen bei der Hartz IV-Antragstellung, der Vermieter erhöht die Miete nach Modernisierung der Wohnung, Alleinerziehende kennen ihre Rechte und Ansprüche nicht. Wir stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Ab September testen und bewerben wir die Rechtsberatung an vier Standorten: im rotbloq, in Zentrum Ost, am Johannes-Kepler-Platz und am Johann-Boumann-Platz. Die Genossinnen und Genossen Marlen Block, Iris

Burdinski, Tino Marwitz und Jörg Schindler sind unsere kompetenten Juristinnen und Juristen, die die Beratung durchführen. Die Beratung wird jeden Mittwoch von 16-19 Uhr an einem der vier Orte angeboten. Egal ob ihr eine Rechtsberatung braucht, beim Infostand helfen möchtet oder nur mal so vorbeischaun wollt, seid ihr natürlich bei allen Terminen herzlich willkommen. Ab dem neuen Jahr soll die Beratung dann im Zwei-Wochen-Takt im rotbloq stattfinden.

Möchten Sie die Rechtsberatung in Anspruch nehmen? Dann melden Sie sich gern per Mail kgf@dielinke-potsdam.de oder telefonisch 0331/58392444 zur Terminreservierung bei uns. Auch ein spontanes Vorbeikommen ohne Termin ist möglich.



DAS LINKE-BERATUNGSTEAM BEIM 1. TERMIN AUF DEM KEPLER-PLATZ

Die nächsten Termine:

- | | |
|--|--|
| 28.09., 16-19 Uhr
Nähe REWE Zentrum Ost; | 12.10., 16-19 Uhr
Keplerplatz, Am Stern |
| 05.10., 08-10 Uhr, Jobcenter
Horstweg; | 19.10., 16-19 Uhr
Bouman-Platz |
| 05.10., 17-19 Uhr
rotbloq, Zeppelinstraße | 26.10., 16-19 Uhr
Nähe REWE Zentrum Ost |

Herzlich Willkommen im Karli!



Nulldreier freut sich, eine besondere Kooperation bekannt geben zu dürfen. Neuer Partner der Nulldreier ist „11FREUNDE“, das Magazin für Fußballkultur aus Berlin. Start der Kooperation ist die Vorstellung und Berichterstattung über die gemeinsame Ernährungsstudie zu veganer Ernährung im Leistungssport von Oatly und Babelsberg 03 sowohl in der Oktober-Ausgabe der „11FREUNDE“ als auch in den sozialen Medien. Es wurden für die Zukunft noch weitere gemeinsame Formate und Inhalte zwischen beiden Partnern vereinbart.

„Das wir ‚11FREUNDE‘ als Partner für die Nulldreier gewinnen konnten, freut mich ungemein. ‚11FREUNDE‘ und Babelsberg 03 teilen gemeinsame Werte und natürlich die Leidenschaft zum Fußball.“, sagt Thoralf Höntze, Vorstandsmitglied.

„Wir freuen uns sehr über die Kooperation mit dem SV Babelsberg 03. Auch, weil der Verein sich seit vielen Jahren für eine aktive und lebendige Fußballkultur einsetzt“, sagt Philipp Köster, Gründer und Chefredakteur des Magazins.

Kriege stoppen, Aufrüstung beenden!

Die Landtags- und Bundesfraktion DIE LINKE riefen gemeinsam zu einer Kundgebung zum Weltfriedenstag um 16 Uhr vor dem Potsdamer Filmmuseum auf: „Am 1. September begehen wir den Weltfriedenstag. Die Erinnerung an den Ausbruch des II. Weltkrieges mahnt uns, die Schrecken und die Grausamkeit jedes Krieges niemals zu vergessen. Selten zuvor war dieser Tag so wichtig wie in diesem Jahr. Während in der Ukraine inzwischen seit mehr als 6

Monaten ein verbrecherischer Angriffskrieg Russlands tobt, schweigen auch anderswo auf der Welt die Waffen nicht. Die Bundesregierung bringt unterdessen hunderte Milliarden weiterer Mittel in die Rüstung. Das wird die Eskalationsspirale nur befeuern, der Ukraine nicht helfen und die Welt nicht sicherer machen.“

Es sprach u.a. die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag, Amira Mohamed Ali.



G7 – Bauminister:innen in Potsdam: nachhaltige Stadtentwicklung geht anders!



ISABELLE VANDRE MIT AUF DEM PODIUM DER JUBEL-DEMO

Auf Einladung von Bundesministerin Klara Geywitz (SPD) trafen sich die Bauminister:innen der G7 - Staaten am 13. und 14. September in Potsdam, um über nachhaltige und inklusive Stadtpolitik zu sprechen. Klar bedarf es jeder noch so kleinen Initiative, um CO2 - Emissionen zu senken, Städte sozial - ökologisch umzubauen, vor dem Klimawandel zu schützen und inklusiv zu gestalt-

en. Aber es reicht nicht darüber bei repräsentativen Terminen zu reden, sondern braucht ein grundlegendes Umsteuern in der Wohnungspolitik. Denn die Lage ist ernst! Die Mieten steigen, Mieter:innen werden verdrängt und auch die Wohnkosten explodieren. Und die Antwort der Bundesministerin darauf? Sie erhöhte mit dem Entlastungspaket 3 lediglich das Wohngeld, das eins zu eins an die Wohnungsunternehmen weitergereicht wird. Mieten deckeln, Spekulation mit Wohnraum beenden, Gemeinnützigkeit einführen, in den dauerhaften Bestand von sozialem Wohnraum investieren und Wohnraum vergesellschaften - das alles wären eine echte Entlastung für die Mieter:innen. Sie verlangen jedoch, dass die Mieter:innen endlich konsequent in den Mittelpunkt der Bundespolitik gestellt werden. Doch in der Heimatstadt der Bundesbauministerin, deren Partei sowohl im Land seit der

Wende den Ministerpräsidenten, als auch in der Stadt Potsdam den Oberbürgermeister stellt, kommen noch nicht einmal die wenigen mietenpolitischen Instrumente zur Anwendung, die die Mieter:innen schützen sollen. Bis heute hat Potsdam so bspw. keine einzige Milieuschutzsatzung. Das Baulandmodell ist unwirksam, die Zweckentfremdung ist löchrig und Investor:innen werden in der gesamten Stadt hofiert - egal welche dubiosen Geschäftsgebaren sie

zuvor in anderen Städten an den Tag gelegt haben. Aus all diesen Gründen hatte das Netzwerk „Stadt für Alle“ nur Hohn und Spott für die vermeintlich intendierte Debatte der G7 Bauminister:innen über Nachhaltigkeit und Inklusion übrig und lud für den Samstag vor der Konferenz zu einer Jubeldemo. Dem Aufruf folgten insgesamt 250 Teilnehmende.

Isabelle Vandre (MdL)



POTS DAM HAT GENÜGEN D SCHLÖSSER, MEINTEN DIE DEMONSTRANT:INNEN

Gegen Abschiebedrehkreuz am BER



AM LETZTEN TAG IM AUGUST WURDE VOR DEM LANDTAG LAUTSTARK GEGEN DAS ABSCHIEBEZENTRUM AM BER DEMONSTRIERT.

Seit Monaten lässt die Landesregierung die Abgeordneten und auch die Öffentlichkeit im Unklaren über die Dimension, die Kosten und auch die Hintergründe eines geplanten „Ein- und Ausreise- bzw. Behördenzentrums“ in Schönefeld. Ein - wie wir inzwischen wissen -

riesiger Komplex, in dem wohl bundesweit zentrale Abschiebungen stattfinden könnten. Durch Recherchen von Frag-den-Staat, rbb24 und der Sendung „kontraste“ kamen weitere Ungeheimheiten ans Licht. So sollte wohl bereits durch die Auswahl des wegen einer Schmiergeldaf-

färe vorbestrafter Investor, noch im einzelnen unklarer Grundstücksgeschäfte und einem vereinbarten Mietmodell u.a. der damalige LINKE-Finanzminister und ein mögliches öffentliches Veto gegen ein solches Abschiebedrehkreuz umgangen werden. Es geht bei dem Projekt um unglaubliche Summen und Dimensionen - es sollen nach den Recherchen von Frag-den-Staat bis zu 470 Millionen Euro Miete für das Abschiebedrehkreuz in den nächsten 30 Jahren durch das Land an den privaten Investor gezahlt werden.

Auch deshalb haben wir den Sachverhalt in den vergangenen Monaten immer wieder in der Presse sowie in Landtagsausschüssen thematisiert und auch

mittels einer parlamentarischen Initiative im Landtagsplenum als Thema gesetzt. Andrea Johlige hat den Fall seit Monaten bearbeitet, Akten gesichtet und den zuständigen Innenminister Stübgen mit den Erkenntnissen noch weiter unter Druck gesetzt. Zeitgleich fand vor dem Landtag eine lautstarke Demonstration gegen das Abschiebedrehkreuz durch verschiedene Initiativen und Akteure statt.

Wir bleiben dabei: Das ganze Projekt stinkt zum Himmel, wir bleiben weiter dran, damit die Pläne gestoppt und die Steuergeldverschwendung sowie das Abschiebedrehkreuz an sich verhindert werden.

Marlen Block (MdL)

Kitarechtsreform eingefordert

Erneut zu einer Großdemonstration haben sich Eltern, Kinder und Erzieher:innen am 14. September vor dem Landtag eingefunden. Ihre Forderung bleibt so aktuell wie unerfüllt: eine Kitarechtsreform, welche die Kindergärten zu Orten frühkindlicher Bildung erklärt und sie mit entsprechenden materiellen und personellen Ressourcen ausstattet. Als Bildungsinstitution gehört

sie außerdem gebührenfrei! Der im Kenia-Koalitionsvertrag verabredete Reformprozess liegt nach wie vor auf Eis. Als LINKE verstehen wir uns als Teil des Bündnisses und werden nicht nachlassen ehe es spürbare Verbesserungen für Fachkräfte, Eltern und Kinder gibt. Zeichnen auch Sie die Petition unter:

<https://www.kita-ist-viel-mehr.de/>



Kinderfest in Babelsberg mit großem Andrang



Drei Tage vor dem Weltkindertag haben unsere Babelsberger Genoss:innen zum Kinderfest auf dem Weberplatz geladen. Schätzungsweise 300 große und kleine Besucher:innen erlebten einen bunten Nachmittag mit Hüpfburg, Gegrilltem, Kaffee und Kuchen, Kinderschminken und Bastelecke. Die Geschichtswerk-

statt Babelsberg bot Führungen und Preisrätsel an und die Cocktails von Cuba Si schmeckten auch bei herbstlichen Wetter. Unsere Landtagsabgeordneten Isabelle Vandre und Marlen Block standen dabei genauso für Gespräche bereit wie unsere Stadtverordneten Dr. Anja Günther und Michél Berlin.

Potsdamer Armutsbericht 2022: Hohe Energiepreise werden zum Armutsrisiko

Deutlich mehr Anträge auf Sozialleistungen erwartet / Hilfsangebote ausweiten

Jeder siebte Potsdamer ist armutsgefährdet. Die meisten davon leben im Potsdamer Südosten. Vor allem Alleinerziehende, Menschen ohne Arbeit, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Zudem sind insbesondere Kinder von Armut betroffen, auch die Altersarmut nimmt zu. Das sind die zentralen Botschaften aus dem ersten Armutsbericht zur Stadt Potsdam, der jetzt veröffentlicht wurde.

Im Auftrag der Stadt hat das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) den ersten Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022 erarbeitet. Der inhaltliche Fokus liegt auf den Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, aber keine staatliche Unterstützung erhalten bzw. in Anspruch nehmen.

Die Armutsgefährdungsquote in Höhe von 15 Prozent liegt laut aktuellem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband unter dem Bundesdurchschnitt von 16,6 Prozent - in den alten Bundesländern beträgt der Anteil der von Armut bedrohten Menschen laut Wohlfahrtsverband 16,3 Prozent, im Osten Deutschlands 17,9 Prozent.

Deutlich wird, dass vor allem Alleinerziehende, Menschen ohne Arbeit, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Es zeigt sich zudem, dass die Armutssituation in Potsdam räumlich ungleich verteilt ist: Insbesondere der Sozialraum VI mit den Stadtteilen Schlaatz, Waldstadt I und II sowie Potsdam Süd hat in Bezug auf viele im Bericht dargestellten Indikatoren des Leistungsbezugs

die höchsten Quoten.

Dem Armutsbericht liegt ein mehrdimensionaler Lebenslagenansatz zu Grunde, in dessen Rahmen prekäre Lebensverhältnisse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen analysiert werden können. Dementsprechend wird nach einer Betrachtung der bekämpften Armut, der relativen und der unsichtbaren Armut, auch die Armut in den unterschiedlichen Lebenslagen (Bildung, Arbeit/Erwerbslosigkeit, Gesundheit, Soziale Teilhabe, Wohnen) untersucht.

In dem Bericht werden auch Handlungsfelder wie Soziale Teilhabe, Kinderarmut, Altersarmut und Bildung benannt, in denen in einem nächsten Schritt konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden sollten.

Landesintegrationspreis ausgeschrieben

Noch bis zum 13. Oktober können sich Einzelpersonen, Vereine, Verbände, Initiativen, Unternehmen und Kommunen für den Brandenburger Integrationspreis 2022 bewerben oder auch dafür vorgeschlagen werden. Der mit insgesamt 6.000 Euro dotierte Preis soll die ehren, die sich haupt- oder ehrenamtlich in besonderer Weise für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Brandenburg einsetzen.

Mehr Infos hier: msglv.brandenburg.de

Unser „Minsk“ mit Brunnen – alt und neu



DAMALS ...

Am 24. September 2022 eröffnen in Potsdam das „Museum Minsk“ und die dazugehörige Terrassenanlage samt Brunnen. Gleichzeitig gewinnt Potsdam dann dort eine andere Konstante zurück, die diesen Stadtraum lange geprägt hat und für viele mit guten Erinnerungen verknüpft ist: die Brunnen am Brauhausberg. 1977 eröffnete das Terrassenrestaurant am Brauhausberg. Siehe unsere Fotos alt und neu.



... UND HEUTE

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

Dresen dreht wieder

Anfang September 2022 haben die Dreharbeiten für die neue Kinokoproduktion „In Liebe, Eure Hilde“ (Pandora Film/rbb/ARTE) begonnen. Die Regie führt Andreas Dresen nach einem Drehbuch von Laila Stieler. Den Staff stellt das mehrfach preisgekrönte

Team von „Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush“ und Gundermann“. Der Film erzählt von der jungen Widerstandskämpferin Hilde Coppi. Von einem kurzen Leben, Liebe und Tod. Die Dreharbeiten in Berlin und Brandenburg dauern noch bis Mitte Oktober an.

Studentenbuden verteuern sich

Eine neue Analyse der Angebotsmieten von Studentenwohnungen in 67 ausgewählten deutschen Hochschulstädten zeigt: Eine bezahlbare Wohnung zu finden, wird für Studenten in vielen Unistädten immer schwerer. In 51 Städten haben sich die Kaltmieten studententauglicher Wohnungen weiter erhöht, den stärksten Anstieg gibt es in Potsdam. Die Preisanstiege gehen mit einer allgemeinen Entwicklung auf dem Mietmarkt einher. Zudem konkurrieren Studenten mit anderen Bevölkerungsgruppen um kleine Wohnungen, etwa Singles oder Verwitwete, die sie sich angesichts des hohen Preisniveaus nicht mehr Wohnfläche leisten können.

UNIDRAM 2022

Ein Universum aus Licht und Nebel, kosmische Ballerinen, verlassene Metropolen: Das Potsdamer Theaterfestival UNIDRAM ist eine Fantasiereise in eine teils

dystopische Zukunft. Das diesjährige UNIDRAM-Festival vom 11. bis 15. Oktober versammelt eine Vielzahl fantastischer, zumeist performativer Arbeiten junger, experimentierfreudiger KünstlerInnen, die aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Theaterformen immer wieder neue faszinierende Bilder- und Theaterwelten entstehen lassen. Mehr als 90 KünstlerInnen aus Frankreich, Deutschland, Belgien, Tschechien, Österreich und der Ukraine präsentieren ihre Inszenierungen in Potsdams Kulturareal Schiffbauergasse. Fünf der 12 eingeladenen Produktionen sind zum ersten Mal in Deutschland zu sehen. Das komplette Programm, Tickets und mehr auf www.unidram.de/.

(UN-)Foto des Monats: Sprit-Preise explodieren

Da fühlt man sich als Kunde doch veräppelt: Mit Einführung des Tankrabatts vor drei Monaten sank der Preis an den Tankstellen nicht ganz plötzlich für den Verbraucher. Begründung: Die Vorräte an den Zapfsäulen seinen ja schließlich noch zum „alten“ Preis eingekauft worden. Nun endete der Tankrabatt am 31. August 2022 – und siehe da: Die Sprit-Preise explodierten quasi über Nacht! Die seit Mitternacht aufgehobene Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe macht sich an vielen Tankstellen deutlich bemerkbar.

Wer soll das bezahlen?!



Impressum

HERAUSGEBER:

„medienPUNKTpotSDam“ -
Das Journalistenbüro
Bernd Martin
Zeppelinstraße 7
14471 Potsdam

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur, Isabelle Vandre,
Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion/Archiv

LAYOUT

Sophie Sumburane

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

E-MAIL

info@medienpunkt Potsdam.de

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE64160500003508020699

Die nächste PaS erscheint im
Oktober

+++ Termine +++

22.09.2022 | 18:00 - „PROBLEME DER GESCHICHTE DER DDR: DIE ULBRICHT-ÄRA (1950-1970)“
Buchvorstellung; mehr Infos:
<https://brandenburg.rosalux.de>

28.09.2022 | 16-19:00 Uhr
Kostenlose Rechts- und
Sozialberatung Zentrum Ost:
Nähe Rewe

28.09.2022 | 19:00 Uhr
feministischer Stammtisch,
rotblog (Zeppelinstr. 7)

05.10.2022 | 17-19:00 Uhr
Kostenlose Rechts- und So-
zialberatung Potsdam-West:
rotblog

12.10.2022 | Kostenlose
Rechts- und Sozialberatung

11.10.2022 | 18:00 Uhr
Dankeschöntreffen an die
Sommerfest-Helfer:innen,
Lothar-Bisky- Haus